



Tausende Besucher erlebten im Pavillon der UdSSR auf der Leipziger Frühjahrsmesse die Wunderwerke der sowjetischen astronautischen Technik.

Foto: Schäffler

## In jedem Jahrzehnt doppelt mehr Wissenschaftler

(Fortsetzung des Berichts von Seite 1)

darunter etwa 5 Millionen mit Hochschulbildung.

Im laufenden Planjahr fünf wird sich die Zahl der Studenten um annähernd 1 Million erhöhen und die Zahl der

### „Luna 10“ und TU-Forschung

(ADN/UZ) „Luna 10“ könne auf die seit Jahrzehnten gestellte Frage Antwort geben, ob der Mond ein kugelförmiger oder ein ellipsoidischer Körper ist. Dieser Antwort sehe er mit größtem Interesse entgegen, sagte Prof. Dr. phil. habil. Hans-Ulrich Sandig, Direktor des Lohmann-Institutes für geodätische Astronomie nach Bekanntwerden weiterer Einzelheiten über die neue Großtat der sowjetischen Wissenschaft.

„Das ist wiederum ein großer Schritt vorwärts, der uns Erkenntnisse über die Entstehungsgeschichte des Mondes verspricht.“ Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Mondumkreisung seien für Lehre und Forschung an seinem Institut von außerordentlicher Bedeutung.

Der Dresdner Wissenschaftler wies darauf hin, daß lange Zeit geglaubt wurde, der Mond sei ein nach der Erde zu verlängertes Ellipsoid. Nach Messungsergebnissen der letzten Jahre sei dies unwahrscheinlich geworden.

### Sonntagvortrag

Am Sonntag, dem 24. April 1966, 10 Uhr, spricht Professor Dr. phil. habil. Hans-Ulrich Sandig über „Entstehung und Beschaffenheit der Mondoberfläche“ mit Lichtbildern im großen Mathematik-Hörsaal der Technischen Universität Dresden, Eingang Zellescher Weg 16, an der astronomischen Uhr. - Eintritt frei!

„UZ“ 7/66

Seite 4

## Weitere Stellungnahmen zum Briefwechsel

**Prof. Dr. Lange, Direktor des Instituts für Ökonomie des Maschinenbaus:**

erklärte u. a.:

„Im Brief des Zentralkomitees und in der Antwort auf den Brief der SPD ist ersichtlich, daß von unserer Seite aus ein ehrliches Gespräch der Arbeiterparteien über die Zukunft Deutschlands beabsichtigt ist. Unsere Antwort zeigt darüber hinaus, daß wir konsequent die Friedenspolitik vertreten und bemüht sind, der Arbeiterklasse Westdeutschlands im Kampf gegen die Bonner Militaristen und Revanchisten zu helfen.“

Die Antwort der SPD gebe noch nicht auf die Grundfragen ein. Viele Formulierungen lassen erkennen, daß die SPD sich gegenwärtig nicht zur Alternativ-Politik gegenüber dem politischen Kurs der CDU/CSU durchgerungen habe. Das werde noch durch zustimmende Ausführungen in der CDU-Presse bestätigt. Prof. Lange sagte ferner: „Sehr gut, daß wir alles veröffentlicht haben, in der Fortführung des Gesprächs nicht nachlassen und Vorschläge für die weitere Diskussion unterbreiten.“

**Heinz Krause, Leiter des Studentenklubs:**

„Daß die SED mit der SPD durch den Offenen Brief im Gespräch ist, halte ich für eine außerordentlich gute Sache und die Initiative der SED, die seit Jahren entsprechende Vorschläge gemacht hat, wurden erstmalig offiziell vom Vorstand der SPD, wenn auch für meine Begriffe unbefriedigend, beantwortet.“

Ich kann mir aber vorstellen, daß trotz dieser Meinungsverschiedenheiten, die Gespräche in Gang bleiben und ben und schrittweise Wege zur beiderseitigen Verständigung gefunden werden. Was mich wundert ist, daß die SPD in keiner Weise von der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik gesprochen hat in bezug auf die dort herrschenden Nazikriegsverbrechen, und ich hoffe, daß die SPD sich eines Tages offen distanzieren wird.“

**Rat der Fakultät für Ingenieurökonomie**

Mit großem Interesse hat sich der Rat der Fakultät mit dem Inhalt der zwischen der SED und SPD ausgetauschten Briefe beschäftigt. Wir begrüßen die Initiative der SED, der es zu verdanken ist, daß das Gespräch

(Fortsetzung von Seite 3)

ist eine unerläßliche Bedingung dafür, daß wir die politische Arbeit zielbewußt leiten können. Diese kritische Atmosphäre wirkte sich sehr positiv auf die Hebung der Kampfkraft unserer Fakultätsparteiorganisation aus. Das Verantwortungsbewußtsein unserer Genossen ist gestiegen. Sicher gibt es noch eine Reihe von Problemen, die der Klärung bedürfen. Aber wir haben jetzt die Grundposition gewonnen. Wir kommen in die Offensive und kommen zur Wirkung. Es kommt jetzt für unsere Leitungen darauf an, kein Absinken

Unseren Studenten sind als künftige Leiter sozialistischer Kollektive für die Aufstellung und Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne und gleichzeitig auch für die Entwicklung der ihnen unterstellten Menschen verantwortlich. Um von ihren Mitarbeitern höchste Leistungen fordern zu können, müssen sie selbst ständig zu höchsten Leistungen bereit sein; um von ihrer Umgebung klare Entscheidungen im Sinne des Sozialismus erwarten zu können, müssen sie selbst eindeutig zum Sozialismus stehen.

Ich denke, unsere Absolventen erfüllen diese Aufgaben nicht schlecht, und haben geholfen, die schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit zu überwinden, und von Jahr zu Jahr Wirtschaft und Technik weiterzuentwickeln. Doch findet man bei unseren Absolventen häufig auch mangelnde Kampfbereitschaft - man findet sich ab mit niedrigem technischem Niveau, mit langen Lieferzeiten, mit hohem Aufwand, manch einer ist zufrieden, wenn er seine

über die Grundfragen der Nation in neuer Weise weitergeführt wird.

Der begonnene Dialog und der Umstand, daß der SPD-Parteivorstand heute bereit ist zu antworten, zeugt eindeutig von der Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Fortschritts und von dem Respekt und der Autorität, die sich die DDR und ihre führende Partei, die SED, erworben haben.

Wir meinen aber auch, daß die Antwort der SPD in Inhalt und Ton leider einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der grundlegenden Aspekte der nationalen Frage in Deutschland vermissen läßt. Wir können uns nicht einverstanden erklären mit der Position, von der aus die Antwort der SPD gegeben wurde, die keine echte Alternative zur annexionistischen und revanchistischen Politik der Bonner Regierung darstellt. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die in den Briefen der SED gestellten Fragen die Bewegungsrichtung angeben, die allein geeignet ist, die deutsche Frage im Interesse aller deutschen Menschen und im Interesse anderer Völker zu lösen. Es kommt tatsächlich darauf an, zu Verhandlungen und Verständigung bereit zu sein, um durch gemeinsame Anstrengungen den Frieden zu sichern. Es ist unabdingbar, seine Vorstellung zu äußern, wie z. B.



*Post an rind*

ein deutscher Friedensvertrag beschaffen sein soll, der endgültig die Nachkriegsperiode vor allem durch die Anerkennung der bestehenden Grenzen beendet und eine klare Meinung zu äußern, wie das einzige Deutschland gestaltet sein und wer in ihm das Schicksal der Nation bestimmen soll und welche Schritte zur Erreichung dieses Zieles getan werden müssen. Nicht von unserer Grenze, sondern vom reaktionären westdeutschen Monopolkapital, das schon zweimal durch Kriege seine Herrschaft über andere Völker ausdehnen wollte, geht die wirkliche Gefahr für Deutschland und andere Völker aus.

In diesem Sinne stimmen wir einmütig dem Inhalt der Briefe der SED zu und richten an das ZK der SED die Bitte, weiterhin in diesem Dialog die Interessen aller deutschen Menschen

zu vertreten und ersuchen den Parteivorstand der SPD, sich eine eigene, vom Monopolkapital unabhängige, ebenfalls den Interessen des deutschen Volkes dienende Meinung zu erarbeiten und von dieser Position aus das Gespräch mit der SED weiterzuführen.

Prof. Dipl.-Wirtsch. Liebscher  
Prof. Dr. habil. Schubert  
Prof. Dr. A. Borsig  
Prof. Dr. Lange  
Prof. Dr. habil. Heyde  
Prof. Dr. habil. Schille  
Prof. Dr. Hentschel  
Dr. Janke  
Dr. Sieber  
Dipl.-Ing.-Ök. Klingner  
Dipl.-Ing.-Ök. Ziemer  
Dipl.-Ing.-Ök. Gerisch

FÜR DEN AGITATOR

## A-tom-Dur und Moll

Erhards „Friedensoffensive“ und die Kernbombenkultur im Bonner Bundesland

(UZ/JW) Die westdeutsche Zeitung „Baupraxis“ („Informationen für die Führungskräfte im Bauwesen“) verständigte kürzlich darüber, worin die eigentliche Bonner Politik besteht. Das geschah nun just in dem gleichen Moment, da Ludwig Erhard die Friedensschmelze blies und seine Friedensnote losließ.

Schrieb „Baupraxis“:

„Noch immer gibt es Leute, die nicht einsehen wollen, warum die Bundesrepublik eigene Atomwaffen braucht ... Es trifft sich aber gut, daß wir derartigen Dingen mit überzeugenden Argumenten entgegenzutreten können. Warum haben wir das Recht auf atomare Massenvernichtungsmittel? Weil wir eine Kultur-nation sind.“

Die „Friedensnote“ hingegen verkündet:

„Seit vielen Jahren bemüht sich die Regierung, ... die Gefahren abzuwenden, die sich aus dem Werrüsten, vor allem aus der Zunahme der Massenvernichtungswaffen ergeben. Die Bundesrepublik besitzt keine Kernwaffen und verfügt auch nicht über sie. Die Bundesrepublik hat schon 1954 auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen, ins-

besondere von atomaren Waffen verzichtet.“

„Baupraxis“ ist darüber sehr erobert und schreibt:

„England und Frankreich ließen sich das nicht gefallen ... (eine Beteiligung zu verweigern d. V.) Aber war, nicht minder kultivierten, nur durch einen Krieg zurückgeworfenen ... wie lassen uns es auch nicht bieten ...“

Erhard aber tönt laut mit seiner Note:

„Um auch die zweite Möglichkeit der Verbreitung von Kernwaffen auszuschalten, regt die Bundesregierung an, daß die Nuklearmächte übereinkommen, keine Kernwaffen in die nationale Kontrolle anderer Länder zu geben. Die Bundesregierung erklärt sich bereit, einem Abkommen zuzustimmen, in dem die in Frage kommenden Staaten sich verpflichten, die Zahl der Atomwaffen in Europa stufenweise zu verringern.“

Bonn spielt also auf zwei Klavieren. Um aus der wachsenden Isolierung herauszukommen, flattert die Note in alle Welt, den Führungskräften der Monopole wird versichert, daß die CDU/CSU nicht daran denkt, von den politischen Grundwerten imperialistischer deutscher Politik abzugehen: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Diesmal mit Atombomben.

## Haben wir die richtige Position?

Zur politischen Verantwortung des Professors

Von Genossen Prof. Dr.-Ing. Lappe, Kandidat des ZK der SED

acht Stunden Arbeitszeit „runtergeschuppt“ hat; defizitische Äußerungen, uniformierte, unsachliche Kritik wird oft gedankenlos wiederholt.

Diese Einstellung hat sich zum Teil schon an der TU entwickelt: unsere Genossen treten nicht immer entschlossen gegen das Westender-Hören im Studentenheim auf und merken nicht, daß diese Sender die Welt systematisch im Sinne des Imperialismus darstellen.

Bei reaktionären Äußerungen verpassen es unsere Genossen manches Mal, eindeutig ihre Mißbilligung zum Ausdruck zu bringen; das wäre der beste Weg, Wiederholungen zu unterbinden.

Die Genossen der Fakultätsparteiorganisation Elektrotechnik haben in einem Beschluß, der auf der Mitgliederversammlung gefaßt wurde, Maßnahmen als Aufgabe gestellt, die sich aus dem historischen bedeutungsvollen Briefwechsel unseres Zentralkomitees mit dem Parteivorstand der SPD für die massenpolitische Arbeit ergeben. So wird in allen Leitungen daran

gearbeitet, daß bis 15. Mai FDJ-Gruppenversammlungen durchgeführt werden, auf denen die Diskussion über den Briefwechsel der beiden größten deutschen Arbeiterparteien geführt wird. Diese Diskussionen werden gemeinsam mit den Gruppenberatern stattfinden. Die AFL werden erfahrene Parteimitglieder zur Unterstützung gewinnen.

In Zusammenarbeit mit dem Fakultätsrat und dem Dekan, Herrn Prof. Dr.-Ing. habil. Lunze wurde eine Beraterassistentenkonferenz vorbereitet, in der der Briefwechsel ebenfalls Gegenstand der Diskussion sein wird.

Auf diese Weise wird die Parteiorganisation Elektrotechnik vom Genossen Professor und Nachwuchswissenschaftler bis zum Studenten in die große politische Initiative zur Diskussion der Grundfragen unserer nationalen Politik einbezogen, die mit dem Briefwechsel eingeleitet worden ist. Auf diese Weise ist die Parteiorganisation der Fakultät dabei, den Weg zu beschreiten, der sich in den vergangenen 20 Jahren so erfolgreich erwies und der uns allein auch befähigen wird, die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.

Damit alle Professoren in gleicher Richtung wirken, müssen die Probleme der Erziehung gründlich im Rat der Fakultät besprochen werden. Organisatorische Fragen dürfen dort nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen; z. B. können Termine für Promotionen usw. schon vorher im kleineren Kreis festgelegt werden. Dagegen sollten bei der Auswahl neuer Lehrkräfte nicht nur deren wissenschaftliche, sondern auch deren erzieherische Fähigkeiten sorgfältig besprochen werden.

Der öffentliche Briefwechsel zwischen SED und SPD zeigt die moralische Überlegenheit unserer Partei, und die gerechte Position der DDR. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gehen wir an die Fragen der Entwicklung eines demokratischen, friedlichen Deutschlands heran. Deshalb können wir bei unseren Kollegen und bei den Studenten der Universität Vertrauen in unserer Sache gewinnen, wenn wir diesen Weg konsequent verfolgen.

Teegoe